

Vor 100 Jahren

Erster Weltkrieg und sozialistische Opposition in Stuttgart

Zurecht wird der Erste Weltkrieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Vierzig Staaten mit 70 Millionen Soldaten waren verwickelt. 15 Millionen Todesopfer waren die Folgen.

Begonnen hat der Erste Weltkrieg mit Lügen: Die österreichische Regierung behauptete, es gehe um Strafe für die Schuldigen an der Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Dabei stellte sie Serbien bewusst unannehmbare Bedingungen. Die deutsche Regierung behauptete, es ginge um Bündnistreue gegenüber Österreich ("Nibelungentreue"), während sie hinter den Kulissen Österreich zur Härte drängte. Deutschland sprach von einem Verteidigungskrieg, während es in das neutrale Belgien einmarschierte. England und Frankreich sprachen von der Verteidigung der Unabhängigkeit Belgiens, während sie in riesigen Kolonialreichen die Bevölkerung unterdrückten. England und Frankreich prangerten den preußischen Militarismus an, während sie mit dem russischen Zarenreich verbündet waren. Auf beiden Seiten versprachen Regierungen, die Soldaten wären Weihnachten wieder zuhause. Es folgten vier Weihnachten auf den Schlachtfeldern.

Schon nach wenigen Wochen war die eingeplante Munition verschossen. Die Vorräte an Waffen aufgebraucht. Die Kriegskosten stiegen immer weiter. Ein Kriegskredit nach dem anderen wurde beschlossen. Die Gewinne der Rüstungsindustrie explodierten, die Staatsschulden stiegen von 5,4 Milliarden Reichsmark (RM) im Jahr 1914 auf 156 Milliarden RM im Jahr 1918.

Opposition gegen Krieg begann in Stuttgart

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 3. August verabschiedete sich die SPD als antikapitalistische und antimilitaristische Opposition. Die SPD-Führung hatte mit den Herrschenden einen Burgfrieden geschlossen und unterstützte de facto die Errichtung einer Militärdiktatur. Gegenüber der Mitgliedschaft der SPD und nach außen rechtfertigte sie ihre Kriegsunterstützung mit dem angeb-

Diskussionveranstaltung:

**„Der Hauptfeind steht im eigenen Land“
Sozialistischer Widerstand gegen den
Ersten Weltkrieg**

Donnerstag 7. August 2014 um 19.00 Uhr

**Spreuergasse 45 (Zugang Finstermünzgasse),
hinter der Stadtkirche Bad Cannstatt**

lichen Kampf gegen die zaristische Diktatur in Russland. Die übermächtige, allgegenwärtige Kriegspropaganda und das Einschwenken der SPD-Führung führte vorübergehend zu Schock und Lähmung unter den Kriegsgegnern. Dank eines starken marxistischen Flügels in der Stuttgarter SPD um Clara Zetkin und Friedrich Westmeyer reorganisierte sich die Opposition gegen den Krieg in der SPD. Bereits für den 2. September 1914 mobilisierten sie zu einer öffentlichen Antikriegsversammlung, die vom Wehrkommando verboten wurde. Daraufhin wurde am 21.9. eine nichtöffentliche Funktionärsversammlung in Stuttgart abgehalten. Die Teilnehmer kritisierten die Zustimmung zu den Kriegskrediten der SPD-Abgeordneten scharf. Nicht akzeptiert wurde Karl Liebknechts Zustimmung aus Gründen der Fraktionsdisziplin. Am Ende wurde beschlossen, dass Karl Liebknecht in Zukunft gegen die Kriegskredite stimmen sollte. Bei der Abstimmung über die Kriegskredite am 2.12.1914 stimmte Liebknecht entsprechend seiner Überzeugung und gestützt durch die innerparteiliche Opposition als einziger dagegen.

Da die kriegsbegeisterte württembergische SPD-Führung beim besten Willen in Stuttgart keine Mehrheit erlangte, betrieb sie schon Anfang 1915 den Aufbau einer Konkurrenzorganisation. Die Spaltung der Sozialdemokratie, die deutschlandweit im Frühjahr 1917 mit der Gründung der



www.sozialismus.info – stuttgart@sav-online.de

V.i.S.d.P.: Ursel Beck, Terrotstr. 33, 70374 Stuttgart

USPD vollzogen wurde, fand in Stuttgart schon zwei Jahre früher statt. Im Oktober 1917 beschloss eine illegale Konferenz aller Oppositionsgruppen in der württembergischen SPD den Eintritt in die USPD. Fritz Rück, Mitglied des Spartakusbund aus Stuttgart, wurde zum Landesleiter gewählt.

Die revolutionären Sozialisten und Kriegsgegner litten unter der massiver Verfolgung der Behörden und der eigens für sie geschaffenen politischen Geheimpolizei: Versammlungsverbote, Bespitzelung, Postkontrollen, Personenkontrollen, Verhaftungen, Gefängnis, Einziehung zum Militärdienst. Friedrich Westmeyer, der Stuttgarter Karl Liebknecht, wurde 1917 mit 44 Jahren eingezogen und starb wenige Monate später an der Front. Dreißig revolutionäre Sozialisten und entschiedene Kriegsgegner, darunter neun Frauen wurden in Stuttgart während des Krieges zu insgesamt 17 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das württembergische Innenministerium legte sofort mit Kriegsbeginn 1914 eine Aktensammlung mit dem Titel „Verhalten der Sozialdemokratie während des Krieges“ an, einsehbar im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und seit Neuestem digitalisiert. Sie belegen die Verfolgung von Kriegsgegnern und die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. Beeindruckend ist, dass sich die Stuttgarter Sozialisten von dem Terror von Seiten des Staatsapparats und der Kriegstreiber in der SPD nicht einschüchtern ließen. Die Stuttgarter Linken waren laut Theodor Bergmann 1915 „bis dahin die am besten organisierten im ganzen Reich“. Von Stuttgart aus wurde reichsweit die Vernetzung der innerparteilichen Opposition organisiert. Am Ersten Mai 1915 waren an den Straßenecken und Plakatsäulen in Stuttgart rote Zettel mit einem Aufruf gegen den Krieg geklebt. Im November 1915 zog eine „Hungerdemonstration“ zum Rathaus und dann vor das Innenministerium. Am 26. Juni 1916 gab es in Stuttgart eine Protestversammlung von tausend Arbeitern gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht zu 2 ½ Jahren Gefängnis. Die friedliche Versammlung wurde am Charlottenplatz von prügelnden Polizisten gewaltsam aufgelöst. Am 26. Juni 1917 demonstrieren 1.000 KriegsgegnerInnen auf dem Karlsplatz. Nach jeder solcher illegaler Demonstrationen gab es eine Verhaftungswelle.

Die vielen Kriegstoten an der Front, die katastrophalen Kriegsfolgen in der Heimat (Hunger, Krankheit, harte Arbeit) und der Zusammenbruch der Westfront im September 1918 führten bei der Mehrheit der Bevölkerung zu einer Antikriegsstimmung und zur Bereitschaft für die Beendigung des Krieges und zur Entmachtung von Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern zu kämpfen. Vor allem in den Betrieben stießen die sozialistischen Ideen der Kriegsgegner zunehmend auf Resonanz.

1918 – Revolution in Stuttgart

Am 4. November 1918 hielt Fritz Rück vor dem Fabrikzaun von Daimler Untertürkheim eine Rede gegen Krieg und Kapitalismus. Er forderte die Arbeiter auf, gegen

den Krieg und für die sozialistische Republik die Arbeit niederzulegen und auf die Straße zu gehen. Zehntausend Daimler-Arbeiter bildeten spontan einen Demonstrationzug in die Innenstadt. Auf dem Wege dorthin schlossen sich Belegschaften von Cannstatter Betrieben an. Insgesamt 30.000 Demonstranten marschierten die Neckarstraße entlang zum Karlsplatz vor das Innenministerium. Die Selbstermächtigung der Bevölkerung nahm ihren Lauf. Das Ergebnis war die November-Revolution – nicht nur in Stuttgart – sondern in ganz Deutschland. Als Organe der Selbstverwaltung wurden überall Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Am 9. November 1918 wurde der König von Württemberg gestürzt und auf dem Stuttgarter Schloss die Rote Fahne gehisst. Im „Tunnelblick“ Nr. 12 vom Juni 2014 zum Armen Konrad heißt es: „Der letzte landesweite Volksaufstand – der Bauernkrieg, die Revolution des gemeinen Mannes von 1524/25 liegt fast 500 Jahre zurück.“ Hier widersprechen wir dem „Tunnelblick“ ausnahmsweise. Die Novemberrevolution von 1918 war die bisher weitgehendste Revolution und erfasste ganz Deutschland. Während beim Armen Konrad und in den Bauernkriegen kommunistische Ideen von der Abschaffung der Obrigkeit und der materiellen Gleichstellung der Menschen Utopien waren, waren Anfang des 20. Jahrhunderts die Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution vorhanden. Mit den Arbeiter- und Soldatenräten waren die politischen Organe des Selbstregierens bereits geschaffen und tätig. Aber sie hatten noch nicht die ganze Macht in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Reaktion nutzte ihre Möglichkeit die letzten vorkapitalistischen Militärs zu sammeln, um einen Bürgerkrieg zur militärischen Niederschlagung der Räte zu entfachen. In Stuttgart war es Paul Hahn („roter Hahn“), der den Noske spielte. Er war Oberbefehlshaber der hiesigen Freikorps und suchte die militärische Auseinandersetzung mit dem Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat. Die Baustelle des Hauptbahnhofs diente als Zitadelle. Vom Bahnhofsturm aus schossen die revolutionsfeindlichen Truppen mit Maschinengewehren und Minenwerfern. Unter der militärischen Führung von Paul Hahn wurde nach der Niederschlagung der Revolution in Stuttgart im April 1919 die bayrische Räterepublik niedermetzelt. Bis Jahresende 1919/20 waren in ganz Deutschland die Räte niedergeschlagen und aufgelöst. Die heutigen Betriebsräte sind nur ein verkümmertes Übrigbleibsel der Räte von 1918.

Kapitalismus bedeutet Krieg

Die Novemberrevolution von 1918 hat den Ersten Weltkrieg und die Monarchie beendet. Aus Furcht vor der sozialistischen Revolution waren die Herrschenden zu großen Reformen bereit: Frauenwahlrecht, 8-Stunden-Tag, staatliche Arbeitslosenversicherung und vieles mehr. Doch der Kapitalismus blieb erhalten und damit die Ursache für den Zweiten Weltkrieg und viele weitere Kriege wie aktuell im Nahen Osten und anderswo.